

14390/AB
Bundesministerium vom 26.06.2023 zu 14900/J (XXVII. GP)
sozialministerium.at
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.325.120

Wien, 7.6.2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 14900/J des Abgeordneten Mag. Christian Ragger betreffend Energiekostenzuschuss für Freie Berufe** wie folgt:

Fragen 1 bis 6:

- *Sehen Sie die Behauptung der Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs als gerechtfertigt an, wonach eine Diskriminierung der freien Berufe aufgrund der Ausnahme von den Energiekostenzuschüssen 1 und 2 vorliegt?*
- *Wie sind diese Ausnahmen aus der Sicht Ihres Ministeriums zu rechtfertigen und inwiefern unterliegen diese Ihrem Verständnis des Gleichheitsgrundsatzes?*
- *Warum sind einkommen- und umsatzsteuerpflichtige Berufsgruppen wie Apotheker, Ärzte, Tierärzte, Zahnärzte, Notare, Patentanwälte, Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer sowie Ziviltechniker von dieser Diskriminierung betroffen und welche Ausschließungsgründe liegen bei ihnen im Einzelnen vor?*
- *Gibt es in Ihrem Ministerium Überlegungen und Bemühungen, von diesen Ausnahmen wieder Abstand zu nehmen?*
 - a. *Wenn ja, welche?*

- b. *Wenn ja, haben Sie dazu bereits Gespräche mit den anderen involvierten Ministerien geführt?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Wird es eine Evaluierung und Neudefinition dieser diskriminierenden Beihilfenpraxis geben?*
 - a. *Wenn ja, wann?*
 - d. *Wenn ja, inwiefern werden die vorliegenden Fälle von Diskriminierung der freien Berufe berücksichtigt?*
 - e. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Werden Sie eine Evaluierung und Neudefinition anstoßen?*
 - a. *Wenn nein, warum nicht?*

Die gegenständlichen Energiekostenzuschüsse fallen nicht in den Wirkungsbereich meines Ressorts.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch